

Antragsteller:

Junge Liberale Ennepe-Ruhr

Drogenpolitik neu denken – Den EN-Kreis zur Cannabis-Modellregion machen und kommunaler Vorreiter werden!

Die FDP Ennepe-Ruhr stellt fest:

Der Kampf gegen den Cannabiskonsum durch Repression ist gescheitert. Es ist an der Zeit, neue Wege in der Suchtprävention bei Cannabis zu beschreiten. Diese bedürfen aber einer fundierten wissenschaftlichen Grundlage, die durch wissenschaftlich begleitete Modellprojekte gewonnen werden kann. Ziel muss es sein, die Verbreitung von Cannabis zu kontrollieren und den Gesundheits- und Jugendschutz in der Bevölkerung zu verbessern. Zur Erforschung einer kontrollierten Abgabe von Cannabis sind aus unserer Sicht Modellprojekte dringend notwendig.

Daher spricht sich die FDP Ennepe-Ruhr dafür aus, dass sich der Ennepe-Ruhr-Kreis als Modellregion für eine zertifizierte Abgabe von Cannabis im Rahmen des §3 BtMG sowie eines durch die FDP Bundestagsfraktion beantragten Modellprojektes bewerben wird, um die Chancen und Risiken, sowie die bestmöglichen Bedingungen für eine kontrollierte Abgabe wissenschaftlich bewerten zu können. Es muss bei einem solchen Modellprojekt unbedingt gewährleistet werden, dass minderjährige Personen keinen Zugang zu den ausgegebenen Cannabisprodukten haben. Außerdem sollte einem exzessiven Konsum durch Studienteilnehmer zwingend vorgebeugt werden.

Begründung:

Ein Cannabisverbot sorgt, wie man an den steigenden Zahlen jugendlicher Konsumenten erkennen kann, nicht für einen effektiven Jugendschutz. Durch das Cannabis-Verbot werden 1,2 Millionen Menschen in Deutschland kriminalisiert statt therapiert.

Der Konsum von Cannabis ist zweifelsohne vergleichbar mit dem Konsum anderer weicher Drogen. Die legalen Volksdrogen greifen im Gegensatz zu Hanf zahlreiche Organe an und fordern nach offiziellen Angaben jedes Jahr zusammen weit über 100.000 Todesopfer in Deutschland. Dagegen ist kein einziger Cannabistoter dokumentiert. Cannabis wird zudem in der Medizin eingesetzt. Es ist bei vielen Krankheiten eine wirksame Alternative zu Pharmaprodukten, auch weil die Risiken und Nebenwirkungen vergleichsweise gering sind.

Cannabis führt nicht zu einer schweren, physischen Abhängigkeit. (CaPRis-Studie, Kurzfassung, S. 4) Die Kriminalisierung von Cannabis führt allerdings dazu, dass die Konsumenten in die Illegalität gedrängt werden. Die polizeilichen Kapazitäten sowie die Kapazitäten in der Justiz, die für die Verfolgung von Straftaten, die mit Cannabis verbunden sind, könnten stattdessen für Straftaten eingesetzt werden, bei denen es ein Opfer gibt. Cannabis-Konsum dagegen ist eine opferlose Straftat.

Die Freigabe von Cannabis hat zudem auch in anderen Ländern nicht zu einem Anstieg des Konsums geführt. Dafür ist aber die Qualität besser kontrollierbar und die Konsumenten laufen nicht Gefahr, in die Illegalität abzudriften.

Durch den legalen Verkauf von Cannabis trocken wir außerdem den Schwarzmarkt aus. Dadurch wird verhindert, dass Menschen durch gestreckte oder verunreinigte Produkte gefährdet werden. Stattdessen können sich die Konsumenten über die Qualität und den Wirkstoffgehalt informieren, sowie gezielt durch Fachpersonal beraten und über die Risiken aufgeklärt werden. Andererseits können wir so auch leichter verhindern, dass Minderjährige an die Droge geraten. Der Dealer um die Ecke fragt nicht nach dem Alter eines Konsumenten, doch gerade für junge Menschen ist der Konsum von Cannabis am Gefährlichsten, da in diesem Alter Veränderungen am Gehirn nachweisbar sind. Konsumenten kommen zudem meist erst durch den Dealer in Kontakt mit härteren Drogen.

Durch eine Besteuerung von Cannabisprodukten könnten auch erhebliche Einnahmen erzielt werden, die beispielsweise der Suchtprävention und Aufklärung zugeführt werden könnten (Gerechnet wird mit ca. 1,4 Mrd. Euro pro Jahr). Zudem wäre niemand mehr gezwungen, seinen (Problem-)Konsum zu verheimlichen. Problematischer Konsum könnte schneller erkannt werden und entsprechende Hilfsangebote könnten besser greifen.

Für die Umsetzung eines solchen Modellprojektes halten wir den EN-Kreis für besonders gut geeignet, da er im Gegensatz zu den bisher im Gespräch stehenden Kommunen sowohl ländliche als auch urbane Regionen vereint. Zudem ist für den Erfolg eines solchen Projektes eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation unerlässlich. Mit der Universität Witten/Herdecke besteht im EN-Kreis dazu eine sehr gute Möglichkeit. Die Steigenden Kriminaldelikte im Zusammenhang mit Cannabis, sowie die immer wieder gefundenen Plantagen bei uns (zuletzt in Hattingen mit über 900 Pflanzen) sprechen ebenfalls dafür hier einen Versuch der zertifizierten Abgabe zu unternehmen und die Zugehörige Kriminalität zu verringern.

§3 BtMG bietet grundsätzlich die Möglichkeit für Forschungsprojekte im Drogenbereich. Bei der Heroinvergabe in sieben Städten an 1.000 Abhängige wurde diese Vorschrift erfolgreich angewendet. Bisherige Anträge für Cannabis-Modellversuche anderer Städte (Münster, Berlin Friedrichshain-Kreuzberg) beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) führten bisher leider zur Ablehnung. Meistens waren formale Gründe oder schlechte Forschungsfragen hierfür der Auslöser.